

Der sächsische Erzähler,

Zeigeblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion und des Rgl. Hauptzollamtes zu Baugen, sowie des Rgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Das Blatt geht Montag abends für den folgenden Tag aus und ist abends 7 Uhr bei den Verlegern zu bestellen. Die Preise sind: Einmal 1. 50 Pf., bei Bestellung auf 3 Monate 1. 1. 50 Pf., bei Bestellung auf 6 Monate 1. 2. 50 Pf., bei Bestellung auf 1 Jahr 1. 3. 50 Pf. Einmalige Belegpreise: 10 Pf. Einmalige Belegpreise: 10 Pf.

Verantwortliche Nr. 22.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsstellen, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluss der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr. Hierausfolgender Jahrgang.

Insertate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Zeile 12 Pf., die Reklamezeile 30 Pf. Größter Inseratenbetrag 40 Pf. Für Wiederholung eingeleiteter Anzeigen ist eine besondere Vereinbarung zu treffen.

Mittwoch und Donnerstag, am 13. und 14. April d. J., abends, wird das Stadtrohrnetz der Wasserleitung gespült. Stadtrat Bischofswerda, am 11. April 1910.

Sonntag, den 16. April 1910, nachmittags 3 Uhr, sollen in Demitz-Thumitz folgende Gegenstände, als: 1 Glasbraut und 4 Wandbilder gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort: Willingers Restauration daselbst. Bischofswerda, den 11. April 1910. Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Biehmarkt in Bischofswerda, Montag, den 18. April 1910.

Das Neueste vom Tage.

Die Deutsche Reformpartei im Königreich Sachsen veranstaltete am Sonntag eine farbige Versammlung in Weichen, die sich hauptsächlich mit den künftigen Reichstagswahlen befaßte. (Siehe unter Sachsen.)

In den letzten Wahlrechtsänderungen in Berlin nahmen über 100 000 Personen teil. Die Änderungen sind ruhig verlaufen, auch in den Provinzialstädten. (Siehe Deutsches Reich.)

Die Aussperrungen der Bauarbeiter durch die Arbeitgeberverbände sind zum Teil bereits erfolgt. (Siehe Sonderartikel und Drahtnachrichten.)

In Posen entzündeten sich Sonntag nachmittag auf dem Hauptbahnhof die dort lagernden Schmelzkanal. Der Schaden beträgt 30—40 000 Mark. (Siehe Drahtnachrichten.)

Der französische Ministerpräsident Briand hielt in Chambon eine Rede, worin er u. a. sagte, daß man das Eindringen des Antimilitarismus in die Arbeiterkreise nicht zu befürchten habe. Die Sozialisten wählten wohl, daß sie in der Verteilung des Landes mit allen anderen Bürgern zusammen gehen wollten. Sozialisten und Anarchisten verurteilten feindliche Kundgebungen. (Siehe Frankreich.)

Die persische Regierung hat die von England und Rußland angebotene Anleihe von 8 Millionen Mark abgelehnt. (Siehe Asien.)

In dem kaukasischen Städtchen Kisljar wurden bei einem räuberischen Überfall auf die Ortskasse sieben Personen getötet, zehn verwundet.

Der amerikanische Generalanwalt Wickersham sprach sich in Chicago in einer Rede gegen die Trunksucht und kündigte die bevorstehende gesetzliche Aufhebung des Alkoholtrunks an. (Siehe Amerika.)

Schutz der nationalen Arbeit.

Aus Kreisen des Hansabundes wird geschrieben: Anschließend an die bekannte Äußerung eines preussischen Ministers „Die deutsche Industrie soll sich auf den Inlandmarkt werfen“ ist es an der Zeit, dem deutschen lauffähigen Publikum vor Augen zu führen, wie ungeheuer schädigend die Vorliebe des Deutschen für alles Ausländische auf unsere Industrie wirkt. Wir haben eine Reihe von Industriezweigen, welche unter dieser beschämenden Last leiden, vorwiegend ist es aber

die Bekleidungsindustrie. Der Anzug soll aus englischem Stoff sein — der Schuh womöglich amerikanisch, der Handschuh englisch, der Hut italienisch, englisch oder österreichisch, der Damenhut, das Korsett aus Paris. Gibt es kein Mittel, den deutschen Michel zur Erkenntnis zu bringen, daß es geradezu Pflicht ist, die nationale Arbeit zu unterstützen?

Wir haben deutsche Luche, deutsche Handschuhe, deutsche Hüte, deutsche Schuhe, welche den ausländischen Marken ebenbürtig und vielfach überlegen sind. Weiß das Publikum nicht, daß die Erzeuger dieser Fabrikate alle Intelligenz und allen Fleiß aufwenden müssen, um ihre Fabriken zu beschäftigen, um in der Lage sein zu können, ihre Beamten und Arbeiter anständig zu entlohnen und um die immer größer werdenden Steuerlasten und Auflagen für die sozialen Einrichtungen ertragen zu können? — Es ist Zeit, daß die Notwendigkeit Anerkennung findet, die deutsche Industrie im Inlande zu unterstützen, nachdem die Exportverhältnisse sich immer schwieriger gestalten. Wenn das deutsche Volk nur prüfen wollte, es würde bald erfahren, daß für den richtigen Preis auch die richtige Qualität geliefert wird und daß es keine Schande ist, in den Kaufläden deutsche Fabrikate, deutsche Marken zu verlangen.

Wenn der Hansabund sich die Mühe nehmen wollte, die Millionen zu zählen, welche alljährlich der deutschen Bekleidungsindustrie entgehen durch den Import fremder Erzeugnisse in diesen Industriezweigen, er müßte zur Erkenntnis kommen, daß er eine große praktische Arbeit leisten könnte wenn er von seiner hohen Warte dem deutschen Volke die bittere Wahrheit dieser Zeiten vor Augen führen würde. Wie weit die Gutmütigkeit der Deutschen geht, sehen wir an der Zulassung einer rein amerikanischen Ausstellung in Deutschland. Wenn je einmal das kaufmännische Talent gefehlt hat, so ist es in diesem Fall. Weiß die Regierung nicht, daß Erzeugnisse zur Ausstellung kommen, welche nach Deutschland einen Eingangszoll von circa 10 Proz. haben und daß sie für dieselben Erzeugnisse nach Amerika 50 Proz. Eingangszoll zu bezahlen haben?!

Ist also schon eine solche himmelschreiende Ungleichheit vorhanden, muß man dann noch die deutsche Industrie dadurch schädigen, daß man die Ausstellung nur amerikanischer Erzeugnisse zuläßt? Die deutsche Industrie fürchtet keine französische, keine englische, keine amerikanische Ausstellung, aber sie muß Gelegenheit haben, ihre Erzeugnisse neben die der fremden Staaten zu stellen, damit das Publikum und die Sachverständigen den Unterschied der Fabrikate erkennen sollen. Das ist recht und billig und kaufmännisch.

Warum wagt man keine Weltausstellung in Berlin? Nur zu! Das deutsche Volk braucht

keine Dinge zu haben, daß die deutsche Abteilung schlecht abschließen wird, im Gegenteil, es wird erkennen, daß deutsche Arbeit verdient geehrt zu werden."

Die Niesenaussperrungen im Baugewerbe.

Die Aussperrungen der Bauarbeiter durch die Arbeitgeberverbände außerhalb Berlins und Hamburgs sind zum Teil bereits erfolgt. Es liegen folgende Meldungen vor:

Köln, 11. April. Der Verein der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe für Rheinland und Westfalen hatte am Sonntag eine allgemeine Mitgliederversammlung nach Düsseldorf einberufen, die von mehr als tausend Personen besucht war. Die Versammlung beschloß einstimmig, an den Dresdener Entschlüssen und an den in der Vorstandssitzung in Berlin getroffenen Maßnahmen unbedingt festzuhalten. Damit werden sämtliche Baugewerbe am 15. April für Rheinland und Westfalen geschlossen. Zur Überwachung der Beschlüsse wurde ein Ausschuss gewählt. Der Anweisung des Bundesvorstandes, die Geschäfte in Rheinland und Westfalen am 15. April zu schließen, wurde bedingungslos von allen Mitgliedern zugestimmt.

Rostock, 11. April. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes des Baugewerbes beider Mecklenburg hat seine Mitglieder angewiesen, am 15. April auszusperrten.

Frankfurt a. M., 11. April. Der Verband baugewerblicher Unternehmer in Frankfurt a. M. richtet an seine Mitglieder in einem Rundschreiben die Aufforderung, gemäß dem Beschluß des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe am 15. April die Geschäfte zu schließen und Vorbereitungen zur Entlassung sämtlicher Arbeiter zu treffen.

Zur Versicherung der Privatangestellten.

Das Reichsamt des Innern hatte zum Sonntagabend eine Konferenz einberufen, zu der die Vertreter der freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten, des Hauptausschusses und des Verbandes Girsch-Dunkerscher Gewerkschaften Einladungen erhalten hatten. Das Reichsamt selbst war dabei durch die Geh. Oberregierungsräte Dr. Bedmann und Koch vertreten, die gleich zu Beginn erklärten, daß die Regierung den Gesetzentwurf über die Pensionsversicherung der Privatangestellten auf der Grundlage der zweiten amtlichen Denkschrift ausarbeite; es könne deshalb nicht über den Ausbau der Invalidenversicherung innerhalb der Reichsversicherungsordnung, sondern nur über die Pensionsversicherung in Gestalt einer Sonderversicherung be-